



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	7
3.	Griechische Zyprioten	8
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	8
	Innenpolitische Entwicklungen	9
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	9
4.	Türkische Zyprioten	11
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	11
	Innenpolitische Entwicklungen	12
	Arbeitsbedingungen und Gewerkschaften.....	13
	Außenpolitische Entwicklungen	14
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	15

FES NEWS

- bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[@FESCyprus](https://www.facebook.com/FESCyprus)

www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

1. Das Zypernproblem

Am 4. Februar besuchten die türkisch- und griechisch-zypriotischen Verhandlungsführer, Ozdil Nami und Andreas Mavroyiannis, gemeinsam den Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, in Brüssel. Während des Treffens wurden die notwendigen Vorbereitungen für die Einführung des Acquis Communautaire besprochen. Das Treffen resultierte in der Berufung einer Task Force für die türkisch-zypriotische Bevölkerungsgruppe, die dem Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker und dessen Stellvertreter Dombrovskis unterstellt sein soll. Die Task Force ist für die Einführung des EU-Hilfsprogramms innerhalb der türkisch-zypriotischen Bevölkerungsgruppe zuständig und soll dabei helfen, die türkischen Zyprioten auf eine Wiedervereinigung vorzubereiten. Seit ihrer Gründung im Jahr 2004 ist die Task Force Teil der Generaldirektion Regionalpolitik. Die türkisch-zypriotische Außenministerin Emine Colak sagte, diese Entscheidung sei ein klares Zeichen dafür, dass die Gespräche auf ein erfolgreiches Ergebnis zusteueren.

Der UN-Sondergesandte Espen Barth Eide bezeichnete das Treffen der beiden Verhandlungsführer in Brüssel als „historisch“, da es auf höchster Ebene und im Beisein des Präsidenten der Europäischen Kommission stattgefunden habe. Sowohl die Verhandlungsführer als auch er selber hätten die Zusicherung bekommen, dass die Europäische Union und die Europäische Kommission die Arbeit in Zypern vollstens unterstützten. Dies sei nicht nur eine politische Aussage, sondern erstrecke sich auch auf technische Fragen und die vollständige Einfüh-

rung des Acquis im Norden Zyperns. Eide fügte hinzu, dass die volle Unterstützung der EU nötig sei. Die EU kooperiere auch mit der UN, dem IWF und der Weltbank in einer Reihe äußerst wichtiger technischer Fragen. Es sei ebenso bedeutend, dass einige dieser technischen Belange bereits erledigt seien.

Ein weiteres Treffen zwischen Mustafa Akinci und Nicos Anastasiades fand am 13. Februar statt. Das Treffen war ursprünglich für den 8. Februar geplant, musste jedoch verschoben werden, da Akinci krank war. Der wichtigste Punkt war die Eigentumsfrage und die beiden Politiker diskutierten die noch ausstehenden Differenzen. Die beiden Verhandlungsführer wurden angewiesen, Vorschläge auszuarbeiten, um die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Seiten zu überbrücken. Akinci und Anastasiades sprachen auch über die Möglichkeit, den Prozess zu beschleunigen. Ein zweites Treffen fand am 26. Februar statt. Von diesem Treffen wurden jedoch keine Details bekannt.

In einem Interview mit dem türkischen Sender NTV wurde der UN-Sondergesandte Espen Barth Eide dahingehend zitiert, dass die Eigentumsfrage zu 90% gelöst sei. Er warnte jedoch davor, dass die Lösung der verbleibenden 10% die größten Probleme bereiten könnte.

Am 10. Februar veröffentlichten Anastasiades und Akinci einen gemeinsamen Appell an die Bevölkerung, Informationen über den Verbleib der vermissten Personen oder mögliche Begräbnisstätten weiterzugeben. Dies könne auch unter dem Schutz der Anonymität geschehen.

Der Aufruf wurde bereits im Dezember in Griechisch und Türkisch aufgenommen und nun auf der ganzen Insel ausgestrahlt. Ende Februar erhielt die Tageszeitung *Politis* einen Hinweis auf den Verbleib von 100 vermissten griechischen Zyprioten, die angeblich in Assia/Pasaköy begraben worden waren. Die religiösen Führer der griechisch-orthodoxen, muslimischen, armenischen, maronitischen und katholischen Religionsgemeinschaften besuchten am 8. Februar das anthropologische Labor des Komitees für Vermisste Personen in Zypern (Committee For Missing Persons in Cyprus - CMP) und riefen die Bevölkerung gemeinsam auf, Informationen über die möglichen Fundorte vermisster Personen weiterzuleiten. Laut einer Pressemitteilung trafen sich die religiösen Führer mit den wissenschaftlichen Mitarbeitern des CMP und wurden über deren Arbeit und die damit zusammenhängenden Herausforderungen informiert.

Präsident Nicos Anastasiades beantragte, Türkisch in die Liste der offiziellen EU-Sprachen aufzunehmen. Laut der in Brüssel ansässigen Online-Zeitung *euobserver* wurde der Antrag am 17. Februar in einem Brief an den holländischen Außenminister Bert Koenders, dessen Land derzeit die EU-Präsidentschaft inne hat, und an den Generalsekretär des EU-Rates Jeppe Tranholm-Mikkelsen versandt. Anastasiades begründete dies mit einer möglichen Lösung der Zypernfrage. Auch wenn dies noch nicht erreicht sei, so sei die Zeit gekommen, alle entsprechenden Vorbereitungen zu treffen, damit Türkisch nach einer Wiedervereinigung offizielle EU-Sprache werde.

In einem Interview mit der Tageszeitung *Simerini* sagte der griechisch-zypriotische Finanzminister Harris Gerogiades, dass ein wiedervereinigtes Zypern frei von türkischer Besatzung in Verbindung mit der Einführung des EU-Acquis auf der gesamten Insel in seiner Entwicklung einen rasanten Sprung nach vorne machen werde. Abgesehen von den Möglichkeiten auf lokaler Ebene, gebe es auch Chancen auf regionaler Ebene. Die türkischen Zyprioten würden von einer EU-Mitgliedschaft profitieren und für die griechischen Zyprioten biete die Öffnung des riesigen türkischen Marktes neue Wege in den Bereichen Tourismus, Schifffahrt und im Dienstleistungen. Außerdem würden die aus einer Lösung resultierende Stabilität und Sicherheit zum Nutzen aller sein.

Die türkische Tageszeitung *Milliyet* berichtete am 10. Februar, dass der türkische Präsident Recep Tayip Erdogan die türkisch-zypriotische Führung aufgefordert habe, in den derzeitigen Verhandlungen standhaft zu bleiben und nicht nachzugeben. *Milliyet* zufolge riet der türkische Präsident, nicht von den Punkten des Annan-Plans abzuweichen. Im Hinblick auf Morphou, ein Dorf, das nach dem Annan-Plan dem griechisch-zypriotischen Teilstaat zugesprochen worden wäre, sagte Erdogan, dass dies nicht mehr verhandelbar sei, da die griechischen Zyprioten den Plan damals nicht angenommen hätten. Die Gegend um Morphou sei zudem der fruchtbarste Teil Zyperns. Der Bericht wurde von griechisch-zypriotischer Seite kritisiert, insbesondere von der DISY und der Oppositionspartei AKEL, die einzigen Parteien, die voll hinter einer Lösung stehen. Beide Parteien lehnen den Vorschlag ab, wonach Morphou Teil

des türkisch-zypriotischen Teilstaates werden solle. Erdogan warf auch die Frage der 10.000 türkischen Staatsbürger auf, welche die Staatsbürgerschaft der 'TRNZ'¹ beantragt haben. Als Antwort erklärte Acinci, dass er gegen eine Verleihung der Staatsbürgerschaft 'en masse' sei.

Am 11. Februar informierte Anastasiades das Parlament über den Stand der Friedensgespräche. Trotz der Fortschritte könne eine Lösung noch auf sich warten lassen. Der Präsident erklärte die wichtigsten Konvergenzen und jene Punkte, bei denen es noch keine Einigung gebe und warnte, dass ein Scheitern der Gespräche nicht ohne Folgen bleiben werde. Laut Anastasiades werde die Republik Zypern eine bizonale und bikommunale Föderation werden. Er bezog sich auf ein gemeinsames Communiqué vom 11. Februar 2014, welches sich auf die drei grundsätzlichen Kriterien eines Staates beziehe: eine einzige internationale Rechtspersönlichkeit, eine einheitlichen Souveränität und Nationalität.

Hinsichtlich der Form der Regierung und Gewaltenteilung werde es in Absprache mit den türkischen Zyprioten eine Regierung auf Bundes- und zwei Regierungen auf Teilstaatenebene geben. Die griechisch-zypriotische Seite lehne

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages.).

den Vorschlag einer rotierenden Präsidentschaft ab, während die türkischen Zyprioten darauf bestünden. Dies wiederum führe zu Uneinigkeit in Bezug auf die Zusammensetzung des Kabinetts in einem wiedervereinigten Staat. Außerdem erwähnte Anastasiades 27 unterschiedliche Kategorien von Gerichtsbarkeiten. Bei 19 gebe es eine Einigung, bei fünf geringfügige Differenzen und in drei Bereichen, die mit anderen Punkten in den Verhandlungen zusammenhängen, schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten. Hinsichtlich der Legislative soll es mit dem Senat (Oberhaus) und dem Parlament zwei Instanzen geben. Um politische Gleichheit zu gewähren soll der Senat, bestehend aus 40 Mitgliedern mit der gleichen Anzahl türkisch- wie griechisch-zypriotischer Senatoren, in lokalen Wahlen bestimmt werden. Das Parlament soll aus 48 Mitgliedern bestehen, mit 75% der Abgeordneten aus dem griechisch-zypriotischen und 25% aus dem türkisch-zypriotischen Gliedstaat.

Es gab auch Übereinstimmungen im Bereich Justiz, womit es Gerichte der ersten Instanz und Berufungsgerichte geben soll. Der oberste Gerichtshof soll als Berufungsgericht in Eigentumsfragen dienen, solange dies notwendig sei. Das Richtergremium soll sich aus der gleichen Anzahl von Richtern aus beiden Bevölkerungsgruppen zusammensetzen.

Anastasiades zufolge wurde auch die Situation der türkischen Siedler besprochen und ein Konsens gefunden, wonach an dem Tag, an welchem eine Lösung in Kraft tritt, die proportionale Zusammensetzung der Bevölkerung des neuen Staates jener von 1960

entsprechen soll. Das Verhältnis wurde auf 4:1 festgelegt, welches auch in Zukunft beibehalten werden soll und berücksichtigt werde, wenn Griechen oder Türken die zypriotische Staatsbürgerschaft beantragen.

Im Hinblick auf die schwierige Eigentumsfrage sei es laut Anastasiades in einer Reihe von Punkten zu einer Einigung gekommen. Dies beinhaltet das individuelle Recht auf Eigentum. Im ersten Jahr soll der Eigentümer die Möglichkeit haben, sich an die Eigentumskommission zu wenden. Es gebe fünf Möglichkeiten, um die Eigentumsfrage zu lösen: Umsiedlung, teilweise Rückgabe, alternative Rückgabe, Eigentums-tausch und Entschädigungszahlungen. Des Weiteren fand eine Einigung über die Zusammensetzung der Eigentumskommission statt. Beide Seiten waren sich auch darüber einig, dass ein Berufungsgericht bei möglichen Klagen gegen Entscheidungen der Eigentumskommission entscheiden solle. Die Kläger sollen auch das Recht haben, vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu klagen, wenn alle nationalen Instanzen ausgeschöpft worden sind. Insgesamt soll es 22 unterschiedliche Eigentumskategorien geben, je nach Status des Eigentümers und der Nutzung.

Des Weiteren soll es eine Zentralbank geben und der Euro gemeinsame Währung werden. Außerdem soll ein „nationaler Stabilitätspakt“ eingeführt werden, damit die Regeln hinsichtlich des Haushaltsdefizits, öffentlicher Verschuldung sowie Ausgaben und Einnahmen auf nationaler und föderaler Ebene eingehalten werden. Die Bundesregierung wird alle indirek-

ten Steuern und die Gliedstaaten die direkten Steuern erheben.

In jedem Gliedstaat wird es ein separates Sozialversicherungs-, Renten- und Gesundheitssystem geben. Es ist jedoch vorgesehen, dass die beiden Systeme nach einer Übergangszeit zusammengelegt werden.

Laut Anastasiades haben sich beide Seiten darauf geeinigt, die Kriterien für die territoriale Anpassung zu diskutieren, obwohl die türkischen Zyprioten diesen Teil der Gespräche auf das Ende verlegen wollen, um ein mögliches Durchsickern zu vermeiden. Hinsichtlich der Punkte Sicherheit und Garantien wiederholte der Präsident, dass es für ein Mitgliedsland der EU nicht akzeptabel sei, unter der Garantie eines anderen Landes zu stehen.

Die griechisch-zypriotischen Parteien EDEK und DIKO behaupten, dass sie weiterhin nicht über den Fortgang der Friedensgespräche informiert würden. Der Vorsitzende der DIKO, Nicolas Papadopoulos, warf Anastasiades vor, hinsichtlich der Kriterien in der Eigentumsfrage keine spezifischen Antworten zu geben. Der Vorsitzende der EDEK, Marinos Sizopoulos, beschuldigte den Präsidenten, wichtige Informationen zurückzuhalten und deutete an, dass die Verhandlungen auf eine Konföderation hinauslaufen würden.

Am 18. Februar besprachen Präsident Anastasiades und Kanzlerin Merkel die Zypernfrage am Rande einer Tagung des Europäischen Rates in Brüssel.

Der Anti-Minendienst der Vereinten Nationen beendete seine Arbeit in der Gegend um die beiden Dörfer Lefka und Dherynia, wo demnächst zwei neue Übergänge eröffnet werden sollen. Nach der erfolgreichen Räumung können nun die technischen Arbeiten für die Öffnung der Übergänge beginnen.

Elizabeth Spehar wird Lisa Buttenheim als Sondergesandte des UN-Generalsekretärs und Leiterin der UN-Friedenstruppe in Zypern (UNFICYP) ersetzen. Spehar, die bisher als Direktorin der UN-Schlichtungsabteilung fungierte, soll ihren neuen Posten Mitte März antreten, wenn Buttenheim zur Leiterin des Versorgungsbereichs der Hauptabteilung für Friedenseinsätze ernannt wird.

In einem Interview mit der Tageszeitung *Philelfttheros* vom 28. Februar sagte der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu, dass die Sicherheitsbedenken beider Seiten in Betracht gezogen werden müssten, um eine dauerhafte Lösung der Zypernfrage zu gewährleisten. Er betonte, dass die Rolle der Türkei für die türkischen Zyprioten entscheidend sei. Cavusoglu wolle nicht den Eindruck erwecken, dass Ankara in der Frage der türkischen Garantien sehr flexibel sei. Man werde die Garantie- und Sicherheitsfragen am Ende des Verhandlungsprozesses in einer gesonderten Konferenz der fünf beteiligten Parteien ansprechen. Grundsätzlich werde Ankara eine Vereinbarung zur Beendigung der Zypernfrage unterstützen.

Laut Sotia Adamidou, der griechisch-zyprischen Koordinatorin des bikommunalen Cyp-

rus Friendship Programme (CFP), welches die Hürden zwischen griechisch- und türkisch-zyprischen Jugendlichen überwinden möchte, habe das griechisch-zyprische Bildungsministerium das Programm durch seine Unterstützung gestärkt. Das Ministerium schickte einen Brief an alle Gymnasien und technischen Schulen, in dem es über die Ziele des Programms informierte und die Schulen aufforderte, das CFP zu sich einzuladen. Bisher hätten die Direktoren der staatlichen Schulen wenig Begeisterung gezeigt, an dem Programm teilzunehmen, da es keine Unterstützung durch das Ministerium gegeben habe. Seit dem Start des Programms vor acht Jahren sei dieser Brief der erste Hinweis, dass das Ministerium die Arbeit des CFP unterstütze. Das CFP ist ein ehrenamtliches friedensstiftendes Projekt und spricht griechisch- und türkisch-zyprische Jugendliche und deren Familien an. Jedes Jahr sucht ein bikommunales Team aus Mitarbeitern eine gleiche Zahl von Jugendlichen aus beiden Bevölkerungsgruppen aus. Jeder Jugendliche wählt dann einen anderen Jugendlichen gleichen Geschlechts aus der anderen Bevölkerungsgruppe aus, mit dem Ziel Freundschaft zu schließen. Jedes Jahr reisen Gruppen bestehend aus fünf bis sieben Paaren an verschiedene Orte in den USA und verbringen einen Monat bei einer Gastfamilie, die alle Kosten während des Aufenthalts trägt.

Die Vorsitzende des technischen Komitees für Bildung, Meltem Onurkan Samani, sagte, dass es das Ziel des Komitees sei, eine Friedenskultur in Zypern zu entwickeln. Vereinbarungen könnten auf dem Papier festgelegt werden, was sich aber ändern müsse, sei die Mentalität. „Statt

einer Kultur des Konflikts und der Gewalt müssen wir eine Kultur entwickeln, in der Probleme gelöst und gegenseitiges Verstehen gestärkt werden“, sagte Samani. Das erste offizielle Treffen des Komitees fand am 25. Februar statt.

2. Gasvorkommen

Am 8. Februar lief die Ausschreibungsfrist der Natural Gas Public Company (DEFA) für die befristete Lieferung von Erdgas an das Kraftwerk Vassilikos ohne Vertragsabschluss ab. Die Entscheidung fiel, nachdem das letzte Angebot von Vitol als unwirtschaftlich eingestuft und abgelehnt worden war. Die Ausschreibung wurde im Januar 2014 veröffentlicht und war bis zum Ablauf der Frist am 12. Februar insgesamt neun Mal verlängert worden.

Nachdem der Antrag der Erdgasunternehmen auf eine befristete Verlängerung ihrer Gewerbetätigkeit im Hafen von Larnaka durch den Stadtrat abgelehnt worden war, wies Energieminister George Lakkotrypis am 13. Februar darauf hin, dass dies eine drei- bis viermonatig Verzögerung der Explorationsbohrungen durch das Energieunternehmen Total zur Folge haben könnte. Am 8. Februar hatte der Stadtrat von Larnaka gegen eine Verlängerung der Gewerbetätigkeit durch MedServ gestimmt. MedServ führt technische Dienstleistungen für die Energieriesen Total und ENI aus. Anwohner waren gegen eine Verlängerung, weil sie die Befürchtung hatten, dass der Hafen dadurch zu einem Industriezentrum werden und gesundheitliche und ökologische Risiken damit verbunden sein könnten. Eine Umsiedlung der Energie-

unternehmen nach Limassol scheint nicht möglich. Des Weiteren könnte es durch den Rücktritt des Stadtrates Haris Constantinides von der DISY zu einer erneuten Abstimmung kommen und somit die Entscheidung revidiert werden.

Der Beginn einer neuer Runde zur Gas- und Erdölexploration, die bisher dritte in der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) Zyperns, wurde am 16. Februar bekannt gegeben. Laut Medienberichten könnte die Entscheidung der Regierung mit dem während des Weltwirtschaftsforums im Januar von den Energieunternehmen gegenüber Präsident Anastasiades zum Ausdruck gebrachten Interesse zusammenhängen. Derzeit hält ENI-KOGAS Konzessionen für die Blöcke 2, 3 und 9, während Total eine Lizenz für Block 11 und Noble Energy eine Konzession für Block 12 halten. Block 10, welcher an die ägyptische AWZ grenzt, wurde 2015 von Total aufgegeben und könnte wieder, wie die Blöcke 8, 9 und 11, in die neue Lizenzvergeberunde aufgenommen werden. Die Türkei wiederum gab bekannt, dass sie auf jegliche Erkundungsaktivitäten in den Blöcken 1, 4, 5, 6 und 7, welche nach Ankaras Sicht Teil des türkischen Festlandssockels ist, reagieren werde. Hinsichtlich der dritten Lizenzvergeberunde sagte der türkische Außenminister Cavusoglu, dass dies einen negativen Einfluss auf die Verhandlungen zwischen den griechischen und türkischen Zyprioten haben werde. Der Fokus solle sich zunächst auf die Lösung der Zypernfrage beschränken.

Während eines offiziellen Besuchs in Bulgarien am 22. Februar unterzeichneten Präsident Anastasiades und sein bulgarischer Amtskollege Rosen Plevneliev eine Absichtserklärung, um die

Rahmenbedingungen für die Entwicklung und Vertiefung der bilateralen Beziehungen im Energiebereich und einen Austausch von ‚Best Practices‘ bei der Ausbildung von Wissenschaftlern und technischem Personal im Energiesektor festzulegen. Die beiden Staatsmänner tauschten sich darüber aus, wie die Kooperation der beiden Länder zur Energiesicherheit Europas beitragen könnte. Dies könnte beispielsweise mit einer Gaspipeline von den Mittelmeeranrainern nach Nordeuropa gewährleistet werden. Der zyprische Energieminister Giorgos Lakkotrypis sagte nach dem Treffen, an dem auch seine bulgarische Amtskollegin Temenushka Petkovadass teilnahm, dass Bulgarien ein Knotenpunkt und Teil der zyprischen Pläne, welche auch die anderen Gasproduzenten Ägypten, Israel und Griechenland umfasse, werden könne.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Der am 26. Februar veröffentlichte ‚Länderbericht für Zypern 2015‘ der Europäischen Kommission legte dar, dass Zypern trotz der Anzeichen für eine makroökonomische Stabilisierung immer noch einige kritische Herausforderungen bis zum Ablauf des Hilfsprogramms im März angehen müsse. Dies beinhalte die notleidenden Kredite, Reformen im öffentlichen Dienst und Gesundheitswesen sowie die Privatisierungen staatlicher Unternehmen.

Am 22. Februar fand eine Debatte im parlamentarischen Finanzausschuss über die anstehende Privatisierung der zyprischen Telekom CyTA statt. Im Einzelnen ging es um die Schaffung eines privaten Unternehmens zur Übernahme des operativen Bereichs und Vermögens des Staatsunternehmens. Die Verabschiedung des Gesetzes zur Privatisierung der CyTA ist eine Voraussetzung zur Auszahlung der letzten Tranche des Hilfsprogramms in Höhe von 275 Millionen Euro an Zypern. Laut Finanzminister Harris Georgiades müsse das Gesetz spätestens am 7. März verabschiedet werden, bevor die letzte Sitzung der Eurogruppe vor Ablauf des zyprischen Anpassungsprogramms stattfindet.

Das Ziel, die Einlagengarantie der Banken für Beträge bis zu 100.000 Euro durch eine Rücklage von 0,8%, oder 120 Millionen Euro, zu sichern, wurde erreicht. Die Gesamthöhe aller Einlagen bis 100.000 Euro liegt derzeit bei 24 Milliarden Euro.

Nach Angaben von Eurostat fiel die Arbeitslosenquote im Januar auf 15,3% (64.000 Menschen). Im Dezember lag die Arbeitslosenquote bei 15,7% (66.000 Menschen). Zypern liegt bei der Arbeitslosigkeit im EU-Vergleich nach Griechenland, Spanien und Kroatien an vierter Stelle.

Laut des Amtes für Statistik stiegen die Einnahmen durch den Tourismus 2015 um 4,4% auf fast 2,2 Milliarden Euro im Vergleich zu 2,1 Milliarden Euro im Jahr 2014. Dies liegt noch 60,6 Millionen Euro unterhalb der Rekordinnahmen des Jahres 2001.

Innenpolitische Entwicklungen

Die Verkürzung des Wehrdienstes für jeden männlichen, erwachsenen Zyprioten von derzeit 24 Monaten auf 14 Monate wurde am 25. Februar im Kabinett beschlossen. Verteidigungsminister Christoforos Fokaides erklärte, diese Entscheidung zum Teil einer umfassenden Reform, die auf die Modernisierung der zypriotischen Armee innerhalb der nächsten 15 Jahre abzielt. Die Opposition begrüßte die Ankündigung, kritisierte jedoch das Vorhaben als wahltaktisches Manöver der Regierung vor den Parlamentswahlen im Mai.

Die Grünen kündigten am 19. Februar an, dass sie mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten wollen und auch Arbeitslose und prekär Beschäftigte als Kandidaten auf die Liste setzen würden. Gleichzeitig stellte die Partei ihr neues Logo und ihren neuen Namen - The Green Party-Citizen's Cooperation - vor.

Die ehemalige Europa-Abgeordnete Antigoni Papadopoulou kündigte am 15. Februar an, dass sie sich in den bevorstehenden Parlamentswahlen nicht für DIKO aufstellen lassen werde und begründete dies mit ihrer Unzufriedenheit mit der Parteiführung. Am Monatsanfang hatte die derzeitige DIKO-Abgeordnete Athina Kyriakidou ebenfalls angekündigt nicht an den bevorstehenden Wahlen teilzunehmen und dabei auf Meinungsverschiedenheiten mit der Parteiführung in der Zypernfrage verwiesen. Im Gegensatz dazu gab der derzeitige unabhängige Abgeordnete Zacharias Koulias am 13. Februar bekannt, bei den anstehenden Wahlen für die

DIKO zu kandidieren. Koulias war 2011 aus der Partei ausgeschlossen worden, nachdem er sich geweigert hatte, die Kandidatur von Marios Garoyian für den Posten des Parlamentssprechers zu unterstützen und stattdessen die entscheidende Stimme zur Wahl des EDEK-Vorsitzenden Yiannakis Omirou zum Parlamentspräsidenten abgegeben hatte.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Die Fahrer des Busunternehmens *Zenon* aus Larnaka traten Anfang Februar ihren angekündigten Streik an, der sich schnell zu einer unbefristeten Arbeitsniederlegung entwickelte, und drohten damit, den Streik auf Limassol auszuweiten. Die streikenden Busfahrer forderten, dass der mit dem Arbeitgeber vereinbarte Tarifvertrag umgesetzt werden solle, da der darin festgelegte Zeitraum für die temporären Kürzungen abgelaufen sei. Das Verkehrsministerium intervenierte jedoch und erklärte, dass die Angestellten kein Recht auf eine mit dem Arbeitgeber im Vorfeld ausgehandelte Rückkehr zum Ursprungsgehalt hätten, da das Unternehmen staatlich subventioniert werde. Der Arbeitgeber versuchte derweil erfolglos, den Streik mit Teilzeitkräften zu brechen. Das Arbeitsministerium schritt schließlich ein und handelte einen Kompromiss aus, wonach die tarifvertraglichen Ansprüche der Streikenden erfüllt und mit gleichzeitigen Gehaltskürzungen für höhere Angestellte und reduzierten Dividenden für die Anteilseigner ausgeglichen werden, sodass eine Erhöhung der öffentlichen Subventionen vermieden werden kann.

Das in zwei Gewerkschaften, der PASIDY und der PASINO, organisierte medizinische Pflegepersonal rief Anfang Februar zu Streiks auf, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die Regierung forderte die PASIDY zu Verhandlungen auf und entschied, die zeitlich befristeten Arbeitsverträge von 185 Pflegeangestellten in unbefristete Verträge umzuwandeln und die Gespräche über die verbleibenden Forderungen fortzusetzen. Im Gegenzug strich PASIDY den angekündigten Streik. PASINO hingegen rief zu neuen Streikaktionen auf, da eine Anerkennung der restlichen Forderungen lediglich verschoben worden sei. Diese Forderungen beinhalten die Anerkennung der Berufsausbildung bei der Festlegung von Tariflöhnen, die Beendigung der Praxis zeitlich befristete Angestellte mit der Erneuerung ihres Arbeitsvertrages als neu angestellt einzustufen, wodurch diese zehn Prozent weniger Gehalt bekommen, sowie weitere Fragen bei Neueinstellungen und Beförderungen. Die Angestellten legten ihre Arbeit am 22. und 23. Februar für jeweils 12 Stunden nieder. Der Konflikt dauert weiterhin an.

Die Regierung und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hatten für 2017 und 2018 eine 1%ige Gehaltserhöhung in Übereinstimmung mit der Erhöhung des BIP vereinbart. Dies soll alle Angestellten betreffen, auch jene, die auf Stundenbasis arbeiten, sowie jene mit Zeit- oder temporären Arbeitsverträgen. Die Verhandlungen über die Schaffung eines Pensionsfonds für jene Arbeitnehmer, die nach 2011 eingestellt wurden und somit keinen Anspruch auf staatliche Pensionszahlungen haben, sollen 2016 beginnen. Die Regierung hatte sich auch

verpflichtet, eine Sondersteuer, die Teil des Austeritätsprogramms war, vor dem ursprünglich geplanten Termin in 2016 abzusetzen.

Nach langwierigen Verhandlungen zwischen den Hoteliers und den Gewerkschaften PEO und SEK unter Aufsicht des Arbeitsministeriums wurde eine Einigung hinsichtlich der Erneuerung des Tarifvertrages in der Hotelbranche erreicht. Das Arbeitsministerium konnte nach langem Stillstand und nachdem die Gewerkschaften mit unangekündigten Streiks in einzelnen Hotels kurz vor Beginn der neuen Saison gedroht hatten, eine Einigung erzielen, wonach der Tarifvertrag nach drei Jahren verlängert werden kann. Durch die Einigung wurden Ansprüche hinsichtlich Lohnnebenkosten, Vergütungen, Urlaubs- und freien Tagen, welche 2012 in einem Übergangsabkommen aufgegeben worden waren, wieder eingesetzt.

Die Bank of Cyprus plant 300 weitere Entlassungen auf allen Ebenen. Angestellte berichteten, dass Druck auf sie ausgeübt werde, freiwillig zu kündigen. Zyperns größte Bank bietet ihren Angestellten eine freiwillige Vorruhestandsregelung an, die Entschädigungszahlungen bis zu 200.000 Euro pro ausscheidendem Angestellten vorsieht. Derzeit arbeiten 4.610 Angestellte bei der Bank, deren Management eine Reduzierung plant, um die Effizienz zu verbessern, die Gehaltskosten zu reduzieren und eine Umstrukturierung vorzunehmen. Das Programm zielt vor allem auf ältere, hoch bezahlte Angestellte. Dies ist bereits die dritte Vorruhestandsregelung seit Ende 2012. Im Jahr 2013 haben sich vor dem Hintergrund der Bankenkrise insgesamt 1.577

Angestellte für die bisherigen zwei Regelungen entschieden. Die Gewerkschaften haben sich noch nicht dazu geäußert.

PEO beanstandete, dass das Arbeitsministerium zum wiederholten Male die Auszahlungen des Arbeitslosengeldes an die Angestellten im Hotel- und Gastronomiebereich während des Winters hinausgezögert habe. Der Verband der Rentner EKYSY wiederum beklagte die Verzögerung bei der Bearbeitung von Anträgen für das gesetzliche Mindesteinkommen und „fälschliche Kürzungen“ bei der staatlichen Unterstützung von Rentnern mit geringer Rente.

Der parlamentarische Ausschuss für Arbeitsfragen untersucht derzeit einen Antrag der beiden Parteien AKEL und EDEK zur Änderung des Kündigungsgesetzes, der auf die Einrichtung einer Schutzfrist abzielt, die sich über die Zeit der Krankheit und auf die drei darauffolgenden Monate erstreckt, in der Arbeitgeber keine Abmahnung aussprechen dürfen. In der Vergangenheit war es zu einer beachtlichen Zunahme von Entlassungen aufgrund krankheitsbedingter Fehlzeiten gekommen.

Die Gewerkschaft PEO kritisierte in einer Stellungnahme die derzeitige Praxis des Bildungsministeriums, wonach Lehrer, die während der letzten drei Jahre nachmittags in Nachhilfeeinrichtungen arbeiteten, als ‚Selbständige‘ eingestuft werden, welche ‚Dienstleistungen anbieten‘. Die Tatsache, dass diese Lehrer nun auch noch Umsatzsteuer zahlen müssten, sei eine zusätzliche Ungerechtigkeit, die nach Auffassung von PEO sofort beendet werden müsse, sodass die Angestellten wichtige Ansprüche,

wie z.B. Arbeitslosengeld und bezahlten Urlaub geltend machen könnten.

Die Ankündigung der Ärztegewerkschaft, gegen die Pläne von DISY und DIKO zur Erhöhung des Renteneintrittsalters von Ärzten auf 68 Jahre mit Arbeitsniederlegungen zu protestieren, führte zu einer Vertagung der Debatte im Parlament.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Eine Delegation der türkisch-zypriotischen Handelskammer traf sich in Ankara unter der Leitung ihres Präsidenten Fikri Toros mit Vertretern der Union der türkischen Handelskammern und Warenbörse (TOBB). Man habe, so Toros, darüber gesprochen, wie der Handel mit der Türkei im Falle einer Lösung der Zypernfrage und nach einer Eingliederung der türkisch-zypriotischen Seite in die EU fortgeführt werden könne. „Wir wollen mit der TOBB zusammenarbeiten, um neue Möglichkeiten zu schaffen“, sagte Toros und fügte hinzu, dass man die TOBB gebeten habe, türkische Unternehmer zu Investitionen im Norden zu ermutigen und somit die neuen Chancen zu nutzen.

Derweil veröffentlichte die Handelskammer einen neuen Bericht mit dem Titel „Negotiation Process and Turkish Cypriot Economy in a Federal Cyprus“, der mit Hilfe einer Expertengruppe unter Leitung von Professor Omer Gokcekus von der Seton Hall University in New Jersey erstellt worden war. In dem Bericht wird der derzeitige Stand in acht wichtigen Wirt-

schaftszweigen, nämlich Landwirtschaft, Produktion, Bau, Handel, Tourismus, höhere Bildung, Transport und Kommunikation, basierend auf einer Gap-Analyse ausgewertet und allgemeine und sektorenspezifische Empfehlungen ausgestellt, um somit den Institutionalierungsgrad und die Wettbewerbsfähigkeit der türkisch-zyprischen Wirtschaft im Falle einer umfassenden Lösung der Zypernfrage und einer EU-Mitgliedschaft zu verbessern.

Laut der von dem türkischen Wirtschaftsministerium zur Verfügung gestellten Zahlen nahm das Handelsvolumen zwischen der Türkei und dem Norden Zyperns von 1,3 Milliarden US-Dollar im Jahr 2014 auf 1,1 Milliarden US-Dollar im Jahr 2015 ab. Der Gesamtwert der Importe aus der Türkei lag 2015 bei 1,1 Milliarden US-Dollar, während die Exporte in die Türkei 69 Millionen US-Dollar betragen. Für 2014 lag das Handelsvolumen bei 1,2 Milliarden für Importe bzw. 80 Millionen für Exporte.

Laut Ismet Akim, dem Aufsichtsratsvorsitzenden des türkisch-zyprischen Energieproduzenten KIB-TEK, sei es wirtschaftlicher Strom aus dem südlichen Teil Zyperns zu kaufen, anstatt die Energie mit Hilfe eines Unterwasserkabels aus der Türkei zu bringen, ein Modell, das Finanzminister Birikim Ozgur favorisiert. Laut einer Machbarkeitsstudie sei der Strom aus der Türkei teurer.

Innenpolitische Entwicklungen

Ankara und Nikosia konnten hinsichtlich des Betreibers des Wasserversorgungsunternehmens im Norden nach langer Kontroverse

eine Einigung erreichen. Demnach soll das Wasseramt die Kontrolle über das Wasser haben, während alle Grundwasserbestände unter die Jurisdiktion der ‚TRNZ‘ falle und jene Gemeinden, welche kein Wasser aus der Türkei kaufen wollten, nicht an dem neuen System teilnehmen müssen. Die Vereinbarung wurde getroffen, nachdem Premierminister Omer Kalyoncu mit dem türkischen stellvertretenden Minister für zyprische Angelegenheiten Tugrul Turkes telefoniert hatte. Während eines Treffens des Kabinetts am 25. Februar betonte Omer Kalyoncu, dass beiden Seiten mit dem erzielten Ergebnis zufrieden seien.

Die Vereinbarung beendete auch einen Zwist zwischen den beiden Koalitionspartnern Republican Turkish Party (CTP) und National Unity Party (UBP). Am Monatsanfang hatte die UBP damit gedroht, die Regierungskoalition zu verlassen, falls die Regierung zu keiner Einigung komme. Am 29. Februar gab die Regierung bekannt, dass eine Delegation unter der Führung von Premierminister Kalyoncu auf Einladung des türkischen Premierminister Ahmet Davutoglu nach Ankara reisen werde, um ein Regierungsabkommen über den Betrieb und die Leitung des Wasserversorgungsunternehmens zu unterzeichnen.

Der Minister für Wirtschaft, Industrie und Handel, Sunat Atun (UBP-Famagusta) lobte den Deal als das bisher größte Privatisierungsprojekt der ‚TRNZ‘. Im Gegensatz dazu hielt die ‚Wasserplattform‘, die sich aus Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Parteien zusammensetzt, eine Protestkundgebung vor dem Büro des Premierministers ab. Die Wasser-

plattform kritisierte die Privatisierung und beschrieb das aus der Türkei stammende Wasser als ‚Wasser des Todes‘ und nicht als ‚Wasser des Lebens‘.

Laut einer Studie des Zentrums für Migrationsidentität und Rechtsstudien (Center for Migration Identity And Rights Studies – CMIRS), sprachen sich 80% der Befragten für eine Lösung der Zypernfrage aus, während sich jedoch nur 41% zuversichtlich zeigten, dass eine Lösung tatsächlich erreicht werden könne. Hinsichtlich eines möglichen Referendums gab die Mehrheit der Teilnehmer an, dass sie sich über die Vereinbarung umfassend informieren würden, bevor sie eine Entscheidung trafen. Auf die Frage, für welche Partei sie stimmen würden, wenn am kommenden Sonntag Wahlen wären, antworteten die Befragten wie folgt: National Unity Party (UBP): 12,63%, Republican Turkish Party (CTP): 10,49%, Democratic Party (DP): 0,86%, Social Democratic Party (TDP): 2,78%, New Cyprus Party (YKP): 0,43%, United Cyprus Party (BKP): 0,21%, People’s Party (HP): 22,7%, andere: 7,92%, unentschieden: 13,2%, während 28,69% der Befragten angaben, dass sie überhaupt nicht wählen würden. Die Studie wurde im Januar 2016 mit Hilfe einer Telefonbefragung von 500 Teilnehmern durchgeführt.

Arbeitsbedingungen und Gewerkschaften

Der derzeitige Vorsitzende der Gewerkschaft Dev-Is, Hasan Felek, nannte das Vorgehen zur Bestimmung des gesetzlichen Mindesteinkommens einen ‚Kuhhandel‘ und verlangte Änderungen. Er erinnerte daran, dass laut Arbeitsgesetz die Kriterien zur Festlegung des

Mindesteinkommens, „die Bedürfnisse des Arbeitnehmers und dessen Familie seien, um ein würdevolles Leben führen zu können“. Wenn diese Richtlinien befolgt würden, so Felek, läge das derzeitige Mindesteinkommen nicht bei lächerlichen 540 Euro. Des Weiteren seien jene Arbeitnehmer, die ein Mindesteinkommen bezögen, mehrheitlich im privaten Sektor beschäftigt und, da sie nicht Mitglieder einer Gewerkschaft seien, nicht in dem Ausschuss für das Mindesteinkommen vertreten.

Die Gewerkschaften des Gesundheitswesens protestierten vor dem staatlichen Krankenhaus in Nikosia dagegen, dass die Regierung es in den vergangenen drei Monaten versäumt hatte, die Überstunden der Angestellten zu bezahlen. In einer gemeinsamen Stellungnahme der fünf im Pflegebereich vertretenen Gewerkschaften wurde die Regierung für ihre Politik gegenüber des Pflegepersonals kritisiert und beschuldigt, die Rechte der Bevölkerung zu verletzen. Der Regierung wurde vorgeworfen, den Personalmangel durch die Überstunden der Ärzte und des Pflegepersonals auszugleichen, ohne die Betroffenen jedoch zu vergüten. Außerdem warnten die Gewerkschaften die Regierung, dass die Ärzte und das Pflegepersonal nicht für das Chaos verantwortlich gemacht werden könnten, das aufgrund von Arbeitsniederlegungen entstände, falls die Überstunden nicht bezahlt würden.

In ähnlicher Weise protestierten die Zollbeamten des Flughafens, der Häfen und Grenzübergänge dagegen, dass die Regierung keine Überstundenzahlungen geleistet habe. Der Vorsitzende der Gewerkschaft des öffentlichen Diens-

tes KTAMS sagte auf Radio BRT, dass die Überstundenzahlungen im Oktober nach einem eintägigen Streik ausgezahlt worden seien. Er bezeichnete dies jedoch als ‚Schmiergeld‘, um die Arbeitnehmer wieder an ihren Arbeitsplatz zu locken und betonte, dass sie weiter protestieren würden, bis alle ausstehenden Zahlungen geleistet worden seien.

Vertreter der griechisch-zypriotischen Gewerkschaft SEK besuchten die türkisch-zypriotische Gewerkschaft Turk-Sen und tauschten sich über Arbeitnehmerrechte und Arbeitsbeziehungen nach einer möglichen Lösung der Zypernfrage aus. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz vor dem Treffen wies der Vorsitzende der Turk-Sen Arslan Bicakli darauf hin, dass der rotierende Vorsitz des Panzypriotischen Gewerkschaftsforums (ACTUF) für 2016 gemeinsam von SEK und Turk-Sen übernommen werde und betonte zum wiederholten Male die Unterstützung des Verhandlungsprozesses durch die Gewerkschaften. „Zypern ist eine kleine Insel, auf der aber genug Platz für türkische und griechische Zyprioten ist. Wir werden diesen Prozess weiterhin unterstützen“, sagte Bicakli. Der Generalsekretär der SEK Nicos Moysesos sagte seinerseits, dass laut den Aussagen beider Volksgruppenvertreter wichtige Fortschritte in den Verhandlungen erreicht worden seien, und dass alle Arbeitnehmer eine Lösung unterstützen müssten. Während ihres Treffens wurde auch besprochen, wie der ACTUF zu einer Lösung beitragen könne. ACTUF, das die Mehrheit der Gewerkschaften vertritt, ist ein Beispiel für eine fortgeschrittene Zusammenarbeit auf bi-kommunaler Ebene zwischen griechischen und türkischen Arbeitnehmern und deren

Vertretern. Das Forum wurde 1995 auf einer Gründungskonferenz ins Leben gerufen. Es folgten 1997, 1999 und 2004 drei weitere Konferenzen.

Eine Privatbank entließ 25 Angestellte und begründete dies mit Umstrukturierungsmaßnahmen. Laut des türkisch-zypriotischen Arbeitsgesetzes kann ein Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis mit sechswöchiger Ankündigung beenden.

Außenpolitische Entwicklungen

Der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci empfing den französischen Minister für europäische Angelegenheiten Harlem Desir. Die beiden Politiker tauschten sich über den Fortgang der Verhandlungen und die neuesten Entwicklungen innerhalb der EU und der Region aus.

Die türkisch-zypriotische Außenministerin Emine Colak besuchte Berlin und traf sich dort mit dem Staatsminister für Europa, Michael Roth. Laut einer Erklärung ihres Büros informierte Colak Roth über die neuesten Entwicklungen bei den Verhandlungen und fügte hinzu, dass nun die schwierigen Themen angesprochen würden, sie aber trotzdem hoffe, dass beide Seiten im Mai umfassende Fortschritte in den Bereichen Governance, EU, Wirtschaft und Eigentum verzeichnen würden. Colak traf auch die SPD-Bundestagabgeordneten Achim Barchmann und Dietmar Nietan.

5. FES Zypern Veranstaltungen

März

Mittwoch 09.03.2016, 19.00 Uhr

Universität Nikosia / FES
Launch des Buches

**European Products. Making and Unmaking
heritage in Cyprus**, von Prof. Gisela Welz

Unesco-Amphitheater, Universität Nikosia

Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

April

Freitag 15.04.2016, 17.00 Uhr

PRIO / FES
Launch der Publikation

Post-Annan Youth Study

Home for Cooperation, UN Pufferzone
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Donnerstag 21.04.2016

PRIO / FES
Konferenz

Cypriot-Greek Relations

t.b.a.
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Soner, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-
Boeros und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:
Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com